

CDU-ENERGIEPOLITIK FÜR SACHSEN – VERLÄSSLICH, BEZAHLBAR UND NACHHALTIG

Positionspapier der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages

1. Grundsätzliche Zielsetzung

Nach der Wiedervereinigung stand die Energiewirtschaft in Sachsen wie in den anderen neuen Bundesländern vor enormen Problemen. Eine einseitige, ineffiziente und mit extremen Umweltbelastungen einhergehende Energiegewinnung fast ausschließlich aus Braunkohle musste sich innerhalb kürzester Zeit auf eine moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaftsweise umstellen. Gleichzeitig mussten die Hinterlassenschaften der rücksichtslosen Rohstoffgewinnung beräumt und Landschaften wieder rekultiviert werden. Eine in dieser Dimension bisher einmalige Aufgabe, die durch die CDU-geprägte Landespolitik mit Unterstützung des Bundes bewältigt worden ist.

Heute stehen in Sachsen ein moderner Kraftwerkspark, eine hocheffiziente Kohleverstromung und eine maßgeblich durch umweltpolitische Zielsetzungen geprägte Energieversorgung zur Verfügung.

Für die CDU-Fraktion waren und sind drei Prämissen für die Energieversorgung in Sachsen maßgebend:

- (a) Stabilität und Sicherheit
- (b) Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit
- (c) Nachhaltigkeit und langfristige Ausrichtung

An der gleichgewichtigen Berücksichtigung dieser Prämissen sind wirtschafts- und energiepolitische Entscheidungen in Sachsen zu messen. Die zukunftsfähige Gestaltung der Energieversorgung durch die technologieneutrale Entwicklung neuer Verfahren und Methoden sowie die effiziente Nutzung neuer Energieträger stehen dabei im Mittelpunkt.

Die CDU-Fraktion geht mit Blick auf die Endlichkeit fossiler Energieträger sowie die aus dem Klimaschutz resultierenden Zwänge davon aus, dass langfristig das Ziel einer kohlenstofffreien Energieerzeugung erreicht werden muss. Zur Vermeidung von Strukturabbrüchen muss die energetische Nutzung der Braunkohle in diesem Jahrhundert aber noch möglich sein.

2. Themen und Positionen

(1) *Sichere, preiswerte und nachhaltige Energie für Sachsen*

Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages wird auch weiterhin dafür eintreten, dass die Energieversorgung in Sachsen immer im Dreiklang aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit gesehen und gestaltet wird. Energiepolitik muss immer auch aus Sicht des Industriestandortes Sachsen betrieben werden.

Eine einseitige Betonung, beispielsweise der Umweltbelange, verstößt deshalb gegen elementare Grundsätze des Nachhaltigkeitsprinzips und führt zur Entwicklung von Ungleichgewichten, der Fehlsteuerung von Ressourcen und dem Verlust von Akzeptanz für die Energiewende.

(2) *Ausgewogener Energiemix – keine Diskriminierung der Braunkohle*

Mit der CDU-Fraktion wird es keine einseitige Benachteiligung heimischer Energieträger geben. Die energetische Nutzung der Braunkohle ist für eine Übergangszeit bis zur Erreichung einer sicheren Versorgung aus anderen Energiequellen unverzichtbar. Bei der Bewertung unterschiedlicher Energieträger sind immer die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten zu betrachten.

Mittelfristig wird von einem Rückgang der Stromerzeugung aus Braunkohle ausgegangen. Aus diesem Grund wird langfristig eine stärkere stoffliche Nutzung der Braunkohle angestrebt.

Das Vertrauen in die Nutzbarkeit der Braunkohle muss in diesem Jahrhundert noch gegeben sein und darf nicht durch kurzlebige, politisch motivierte Ideen untergraben werden. Planungssicherheit ist die Grundvoraussetzung für Investitionen; jede Verunsicherung von Investoren schwächt den Wirtschaftsstandort Sachsen.

(3) *Europäischer und weltweiter Kontext*

Die CDU-Fraktion tritt dafür ein, alle Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes, zur Steigerung der Energieeffizienz oder zur Gestaltung des Strommarktes auf europäischer Ebene zu koordinieren. Politisch motivierte, nationale Alleingänge führen zu hohen Belastungen für Wirtschaft und Verbraucher, tragen aber kaum zur Stärkung des Klimaschutzes bei.

Eine einseitig ausgerichtete deutsche Klimaschutzpolitik führt langfristig nicht nur zu Standortnachteilen, sondern auch zu einem Verlust an Leistungsfähigkeit zur Erreichung der klimapolitischen Ziele. Auch eine kritische Diskussion der selbstgesteckten Klimaschutzziele muss möglich bleiben.

(4) *Effizienz und Lenkungswirkung des EU-Emissionshandels (ETS) verbessern*

Die CDU-Fraktion unterstützt Bemühungen, die dem ETS zu einer größeren Wirksamkeit verhelfen und damit dem ursprünglichen Ziel, den CO₂-Ausstoß im Emissionshandelssektor bis 2020 im Vergleich zu 2005 um 21 % zu reduzieren, näherbringen. Einseitige, nicht im ETS vorgesehene Eingriffe durch nationale Behörden, z.B. durch die Löschung von Zertifikaten der Unternehmen, werden abgelehnt. Jedwede Maßnahme zur Verbesserung des ETS muss international gedacht und angelegt sein, da sie ansonsten nur der Verlagerung von CO₂-Emissionen in andere Länder oder Regionen Vorschub leistet („carbon leakage“). Dadurch werden die Anstrengungen in Deutschland und Europa ad absurdum geführt.

Die CDU tritt in diesem Zusammenhang auch für die Stärkung marktwirtschaftlicher Instrumente wie der Energiebörse EEX in Leipzig ein. Durch Angebot und Nachfrage in einem transparenten Verfahren entstandene Preise sind jeder staatlichen Regulierung vorzuziehen.

(5) Technologieoffene Forschung und Entwicklung

Die CDU-Fraktion setzt sich für eine Stärkung der Energieforschung und Speichertechnologie ein. Dabei sollen die sächsischen Forschungseinrichtungen mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten im Rahmen von Verbundprojekten mit Unternehmen gemeinsam an Verfahren und Produkten im Energiebereich arbeiten. Dies gilt für die stoffliche wie auch die energetische Nutzung einheimischer Rohstoffe, die Forschung an erneuerbaren Energieträgern sowie für neue Verfahren zur Energieeinsparung und -speicherung.

(6) Information und Motivation für eigenverantwortlich handelnde Bürger

Die CDU-Fraktion lehnt Bevormundung und Reglementierung der Bürger ab. Staatlich verordnete Energieeinsparmaßnahmen sind selten effizient und treffen auf wenig Akzeptanz. Durch Information und Aufklärung sowie das Setzen geeigneter Rahmenbedingungen für die Förderung von Energieeinsparmaßnahmen oder die Steigerung der Energieeffizienz in Haushalten, Verkehr und Industrie sind größere Erfolge auch ohne Zwang sicher.

(7) Energieeffizienz und Energieproduktivität steigern

Die CDU steht als Partei der Sozialen Marktwirtschaft dafür, bei allen Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Steigerung des Einsatzes erneuerbarer Energien die Frage der Wirtschaftlichkeit vorrangig zu berücksichtigen. Durch das EEG werden in Größenordnungen Energieträger gestützt, die ohne die von den Verbrauchern aufgebrauchten Mittel nicht konkurrenzfähig wären. Diese Energieträger müssen ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit verbessern, da es keine Dauersubvention geben darf. Die CDU steht aber auch dafür, dass Sachsen seinen immer noch vorhandenen Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Energieeffizienz in Angriff nimmt. Geeignete Förderprogramme sind das Mittel der Wahl, jedoch kein staatlicher Dirigismus.

(8) Maßvoller und bedarfsgerechter Ausbau der Erneuerbaren Energien

Die Ziele des Ausbaus erneuerbarer Energien in Sachsen sind im aktuellen Energie- und Klimaprogramm der Staatsregierung festgelegt und sehen einen maßvollen Ausbau vor. Die CDU-Fraktion sieht derzeit keine Veranlassung, diese Ausbauziele zu erhöhen.

Für die Akzeptanz des weiteren Ausbaus der Windkraft ist die frühzeitige Einbindung der Bürger und Kommunen bei der Planung und Festlegung von Abständen zur Wohnbebauung unverzichtbar.

(9) Bedarfsgerechten Ausbau des Leitungsnetzes voranbringen

Der Ausbau sowohl der Verteilnetze als auch des bundes- und europaweiten Übertragungsnetzes ist unverzichtbar für die Sicherheit der Stromversorgung. Die CDU-Fraktion unterstützt den Ausbau der Netze und steht für eine frühzeitige und intensive Beteiligung der betroffenen Bürger als auch die angemessene Berücksichtigung berechtigter Belange des Natur- und Landschaftsschutzes.

(10) Kraft-Wärme-Kopplung weiter ausbauen

Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung sind sowohl ökologisch als auch ökonomisch höchst sinnvoll.

Die CDU-Fraktion lehnt eine politisch motivierte Diskriminierung von Energieträgern auch bei der Kraft-Wärmekopplung ab. Die einseitige Bevorzugung von Gas zu Lasten von Kohle ist nicht zu rechtfertigen.

(11) Energiespeicher ausbauen und weiter entwickeln

Mit dem Auslaufen der Kernkraftnutzung, der Reduzierung konventioneller Kraftwerksleistung und dem gewollten Anstieg volatiler erneuerbarer Energieträger ist ein paralleler Aufwuchs an kostengünstigen und effizienten Speichern für Strom anzustreben. Die CDU-Fraktion tritt deshalb für den Ausbau von Stromspeichern und die Entwicklung neuer Technologien ein. Bei zukünftigen Novellen des EEG sind Energiespeicher von Netznutzungsentgelten zu befreien.

(12) Neues Strommarktdesign nach dem Motto „Mehr Markt, weniger Politik“

Aus der Bereitstellung der notwendigen gesicherten Leistung, z.B. durch den Aufbau einer Kapazitätsreserve dürfen keine zusätzlichen Kostenbelastungen für die Verbraucher erwachsen. Bis dato besteht hierfür keine Notwendigkeit aufgrund vorhandener Kapazitäten. Aus Sicht der CDU-Fraktion ist es wesentlich sinnvoller, einen funktionierenden gesamteuropäischen Strommarkt durchzusetzen.

Marktwirtschaftlich motivierte Anreize und eine transparente Preisbildung sind die Grundlage für Investitionen. Die CDU-Fraktion steht dafür, das bereits jetzt unübersichtliche Regelwerk im Energiesektor nicht durch weitere Gesetze und Verordnungen aufzublähen sowie nicht in die Preisbildung an den Strombörsen einzugreifen.

Zukünftige Änderungen des EEG müssen auch der Verantwortung der Einspeiser erneuerbarer Energien für die bedarfsgerechte Bereitstellung verstärkt Rechnung tragen.

3. Zahlen und Fakten

(a) Energieerzeugung in Sachsen

Der Primärenergieverbrauch (PEV) liegt in Sachsen weitgehend konstant bei 612,5 PJ (2012). Fossile Energieträger aus Mineralöl und Gas tragen zu 52,9 % zur Bedarfsdeckung bei, Braunkohle zu 45,8 % und erneuerbare Energieträger zu 8,1 %.

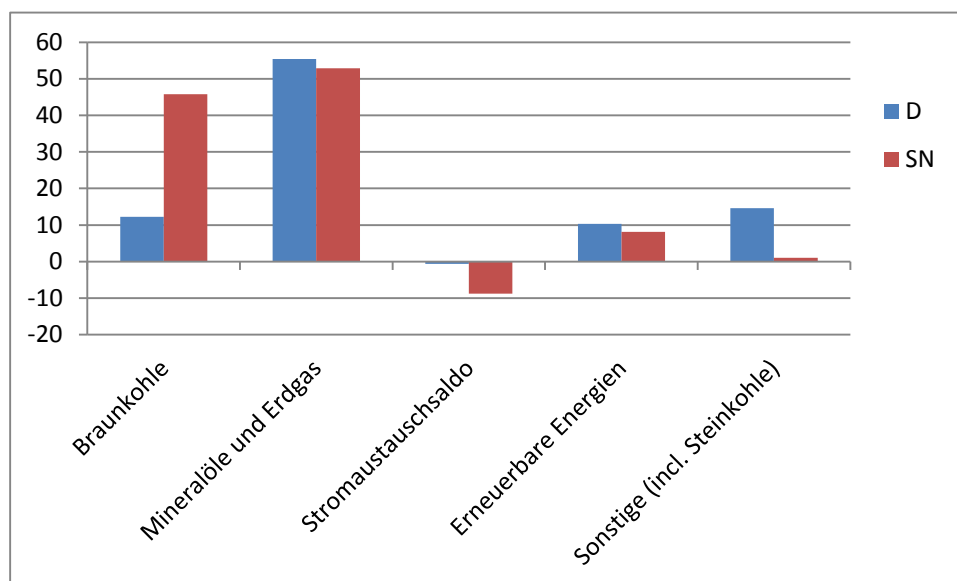


Abbildung 1 | Primärenergieverbrauch in % nach Energieträgern in Deutschland und Sachsen

Der Primärenergieverbrauch aus erneuerbaren Quellen in Sachsen setzt sich zu 72,5 % aus Biogas und Biomasse, 12,4 % aus Windkraft, 9,1 % aus Solarenergie und Photovoltaik, 1,7 % aus Wasserkraft sowie 4,3 % aus sonstigen Quellen zusammen.¹

Untrennbar mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Netzausbau verbunden. 97 % aller erneuerbaren-Energien-Anlagen sind im Verteilnetz angeschlossen. Hier werden in den nächsten Jahren bundesweit Investitionen in Höhe von ca. 50 Mrd. € notwendig.² Hinzu kommen die erforderlichen Trassenneubauten von ca. 3.800 km³ im Übertragungsnetz, die derzeit aufgrund langer Genehmigungsverfahren oder politischer Widerstände deutlich hinter ihrem ursprünglichen Zeitplan liegen.

Der Eckpfeiler der Energieversorgung in Sachsen ist nach wie vor der Energieträger Braunkohle. Braunkohlekraftwerke sind typische Grundlastkraftwerke. Sie werden wegen ihrer niedrigen Brennstoffkosten und gleichzeitig hohen Fixkosten grundlasttypisch vorzugsweise im Volllastbereich und rund um die Uhr eingesetzt. An 8.760 Stunden im Jahr kommt deshalb ausreichend Strom aus der Steckdose. Die in Deutschland vorhandenen Grundlastkapazitäten tragen je nach Nachfrage zwischen 50 und 60 Prozent der Gesamtlast. Aufgrund dieser Grundlastkapazität sowie der Kapazitäten im Mittel- und Spitzenlastbereich ist die bisher benötigte Speicherkapazität für Strom mit ca. 60 bis 70 Millionen kWh/d vergleichsweise gering (bei einem Gesamtstromverbrauch in D von 1,6 bis 2 Milliarden kWh/d). Mit der vorhandenen Speicherkapazität könnte Deutschland nicht einmal eine Stunde mit Strom versorgt werden.⁴

Steigt der Anteil an erneuerbarem Strom, so sinkt aufgrund des Einspeiseprivilegs die notwendige Leistung und Auslastung konventioneller Kraftwerke - also auch der Grundlastkraftwerke. Als Folge werden heute bereits konventionelle Kraftwerke aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt; notwendige Neubaupläne werden zurückgestellt oder storniert. Strom aus erneuerbaren Energien ist aber nur begrenzt grundlastfähig, dies gilt zum Beispiel für Biomasse (Anrechnung zu 50 %); Photovoltaik ist natürlicherweise nicht grundlastfähig und Windstrom wird mit 5 – 7 % Grundlastfähigkeit gerechnet.⁵

Aufgrund der politischen Unsicherheiten geht man davon aus, dass der max. Brutto-Zubau neuer Kraftwerke nur 33,5 GW betragen wird. Nur ein Teil davon trägt zu einer gesicherten Leistung bei (grundlastfähig). Gegenzurechnen sind angekündigte endgültige und vorläufige Stilllegungen von konventionellen Kraftwerken, der gesetzlich festgelegte Ausstieg aus der Atomkraft sowie weitere Stilllegungen älterer Kraftwerke aus wirtschaftlichen Gründen oder weil Anforderungen an Emissionsgrenzwerte o.a. nicht mehr eingehalten werden können. Bis 2025 ist mit einem Rückgang der Kapazitäten mit hoher Verfügbarkeit um 16,7 GW zu rechnen⁶. Die erforderliche gesicherte Leistung von ca. 85 GW (incl. Sicherheitszuschlag 11 %) wäre dann nicht mehr abgedeckt.

¹ Energiedaten 2012, SMWA

² BDEW, Mai 2015

³ Netzausbau für die Energiewende, IHK Nord, März 2015

⁴ Wirtschaftswoche (<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/energie-nur-begrenzt-grundlastfaehig/8784460-2.html>)

⁵ Kurzstudie: Die künftige Rolle von Gaskraftwerken in Deutschland; arrhenius Institut für Energie- und Klimapolitik, 2011

⁶ BDEW 2015

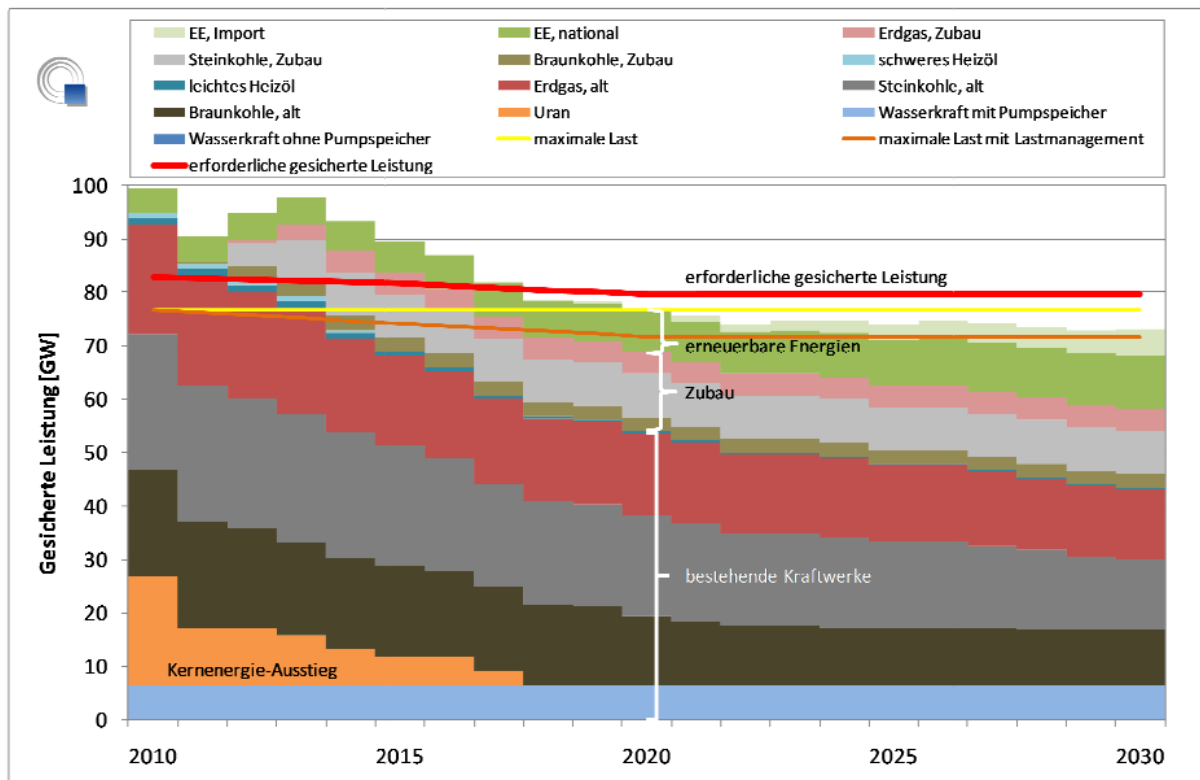


Abbildung 2 | Vergleich der verfügbaren Nettoleistung zur Stromerzeugung in Deutschland mit der maximalen Last, der maximalen Last mit Lastmanagement und der maximalen Last zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages (Adequacy Reference Margin; Bundesnetzagentur 2011)

Ungeachtet dessen, wie sich der genaue zeitliche Verlauf darstellt, ist die Frage zu beantworten, wie die gesicherte Leistung zukünftig bereitgestellt werden soll.

Deutschland zählt heute im internationalen Vergleich zu den Ländern mit der stabilsten Stromversorgung. Kennzeichen hierfür sind Stromausfallzeiten, die noch geringer sind als in der Schweiz, den Niederlanden oder Österreich. Eine schwankungsfreie Stromversorgung erfordert bei zunehmenden Fluktuationen von Erzeugung und Nachfrage besondere Aufmerksamkeit, da sie unmittelbar Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Sachsen hat. Für 2013 haben die Übertragungsnetzbetreiber Netzeingriffe (Redispatch-Maßnahmen) mit einer Gesamtdauer von ca. 8.000 Stunden an die Bundesnetzagentur gemeldet – ein Plus von 60 % gegenüber 2011. Besonders betroffen ist 50Hertz als ostdeutscher Übertragungsnetzbetreiber aufgrund des hohen Windanteils am Netz.

Gerade industrielle Verbraucher, Hightech-Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen mit sensiblen Prozessen im Elektronikbereich sind auf eine gleichmäßige Stromversorgung angewiesen.

Die mittlere Stromausfalldauer je Verbraucher liegt in Deutschland bei 15,3 min/a (2013). Dieser Wert ist in den letzten Jahren trotz der zunehmenden Einspeisung erneuerbarer Energien stabil geblieben.⁷ Damit das so bleibt, sind ein bedarfsgerechter Ausbau der Übertragungsnetze und eine marktorientierte Organisation der Einspeisung erforderlich.

⁷ „Die Energie der Zukunft“. Erster Fortschrittsbericht zur Energiewende, BMWi Dez. 2014

In Mitteldeutschland ist die Besiedlungs- und Industriedichte vergleichsweise niedrig. Zugleich erfolgt in Sachsen wie in ganz Mitteldeutschland ein zügiger Ausbau der Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, insbesondere Wind und Photovoltaik. Nach Angaben der enviaM sind allein in deren Netzgebiet 37.000 Anlagen installiert – gegenüber 3.000 vor zehn Jahren. Die hohen Kosten der Netzerneuerung nach der Wiedervereinigung, der rasante Ausbau der Photovoltaik- und Windkraftanlagen und die damit verursachten hohen Kosten für die Netzintegration sowie den Abtransport des nicht benötigten Stroms in die Verbrauchszentren im deutschen Süden und Westen führen zu besonders hohen Netznutzungsentgelten. Sie liegen um bis zu 40 Prozent höher als in anderen Regionen – ein klarer Standortnachteil für Sachsen.

Im Jahr 2012 wurden je 1.000 € BIP in Sachsen 6,3 GJ, in Deutschland 5,6 GJ Primärenergie eingesetzt, um Waren und Dienstleistungen herzustellen. Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Energieeffizienz zeigt sich z.B. bei der Reduzierung des spezifischen Energieverbrauchs der privaten Haushalte.

Die Kosten für Erzeugung, Transport und Vertrieb von Industriestrom sind zwischen 1998 und 2014 von 9 ct/kWh auf 7 ct/kWh gesunken. Gleichzeitig sind die Abgaben aus EEG-Umlagen sowie Steuern, und weiteren Umlagen auf 8,37 ct/kWh gestiegen. In der Summe liegt der Preis für Industriestrom (incl. EEG-Umlage) deshalb heute bei 15,37 ct/kWh (2014, BDEW). Im Vergleich dazu liegt der Strompreis für die Industrie in den USA bei 5,1 ct/kWh. Ähnliches gilt für den Erdgaspreis (in D lt. EGIX, 2014: 22 €/MWh; in USA lt. Henry Hub, 2014: 11,2 €/MWh).

Der in diesem Zusammenhang gerne verwendete Verweis auf niedrige Preise an der Strombörse hinkt. Unternehmen bedienen sich nur in geringem Umfang direkt an der Börse, sondern schließen längerfristige Terminkontrakte ab, um ihre Versorgung abzusichern. Der Strompreis für die Industrie liegt dabei im Schnitt um das zwei- bis dreifache höher als der Börsenpreis.

Der Endenergieverbrauch in Sachsen lag 2012 bei 351,3 PJ. Davon entfielen 110,2 PJ auf die Haushalte, 109,8 PJ auf den Verkehr, 87,6 PJ auf die Industrie und 43,7 PJ auf Gewerbe, Dienstleistungen und Handel. Langfristig geht man davon aus, dass sich der Endenergieverbrauch nicht weiter steigern wird, sondern auch 2020 unverändert bei 350 PJ liegt.

(b) Nachhaltigkeit und langfristige Ausrichtung

Auf Bundesebene werden im Ausbau der erneuerbaren Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz die wesentlichen Säulen der Energiewende gesehen. Bis 2022 muss außerdem der Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen, d.h. das letzte AKW vom Netz genommen worden sein.

Quantitative Ziele der Energietransformation bis zum Jahr 2020 sind auf Bundesebene⁸:

- Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 40 % (zu 1990)
- Steigerung des Anteils EE
 - am Bruttoendenergieverbrauch auf 18 % (gegenüber 12 % 2013)
 - am Bruttostromverbrauch auf mind. 35 % (gegenüber 25 % 2013)
 - am Wärmeverbrauch auf 14 % (gegenüber 9 % 2013)
- Reduktion des Primärenergieverbrauchs um 20 %/a (gegenüber 2008)
- Reduktion des Bruttostromverbrauchs um 10 % (gegenüber 2008)

⁸ „Die Energie der Zukunft“. Erster Fortschrittsbericht zur Energiewende, BMWi Dez. 2014

Deutschland und Europa sind bereits heute Klassenprimus und führend bei der Minderung der Treibhausgasemissionen.⁹ Hochgesteckten Zielen wie 40 % Treibhausgasreduzierung in der EU bis 2030 stehen aber derzeit keine vergleichbaren Zusagen von Staaten außerhalb der EU gegenüber. In Ländern wie China, Indien und den USA steigen die Emissionen nach wie vor an.

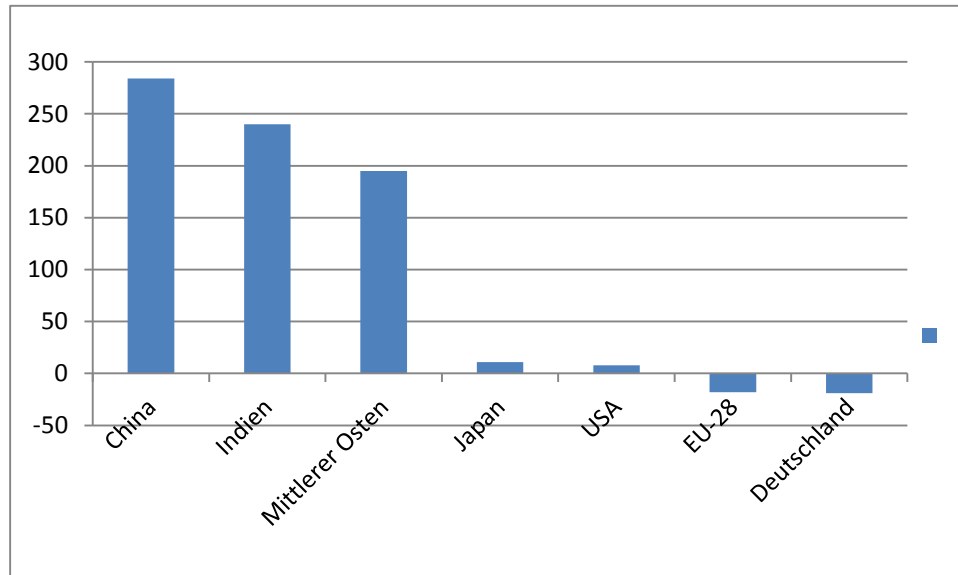


Abbildung 3 | Veränderung der Treibhausgasemissionen in % (2013 im Vgl. zu 1990)

Sachsen ist bei der Erzeugung und Nutzung von Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung vorbildlich: Der Anteil des KWK-Stromes am Bruttostromverbrauch in Sachsen betrug 2010 rund 24 %. Im gesamtdeutschen Durchschnitt lag dieser Wert bei nur 14 %. Der bisherige Ausbau der KWK-Anlagen steht in Verbindung mit dem hohen Fernwärmeanteil in Sachsen. Zusätzliche Ausbaumöglichkeiten werden vor allem bei industriellen und gewerblichen Anwendungen sowie im öffentlichen Bereich gesehen.¹⁰

4. Zusammenfassung

Die sächsischen Energieinteressen bleiben auch weiterhin von einem hohen und ausgewogenen Maß an Versorgungsstabilität, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit bestimmt.

Die erfolgreiche Umsetzung der Energietransformation ist gemeinsames Ziel. Sie kann nur durch das Engagement und die Mitwirkungsbereitschaft von Unternehmen, Bürgern und Politik gelingen. Jede einseitige Überlastung, kurzfristige ideologieorientierte Kursänderungen und unangemessene Belastungen führen zu Akzeptanzverlust.

CDU-Energiepolitik für Sachsen bedeutet, langfristige Strategien zu verfolgen, um Sachsen als lebens- wie auch als wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu sichern.

⁹ VCI Politikbrief März 2015

¹⁰ Energie- und Klimaprogramm Sachsen 2012